



Systemrelevant? Für wen relevant?

Ein Essay von Klaus Lederer

Welchen Einschnitt die Corona-Pandemie für den Kulturbetrieb letztlich wirklich bedeuten wird, lässt sich in seiner Tragweite noch längst nicht abschätzen. Es wird aber sicher nicht unwesentlich von jetzt stattfindendem oder unterlassenen politischem Handeln in der Krise abhängig sein, ob die Künstler*innen und kulturelle Institutionen, private wie staatliche, sich von dieser Krise niemals wieder erholen werden oder aber resilienter, wenn nicht sogar gestärkt, aus ihr hervorgehen werden. Deshalb scheint es mir darauf anzukommen, jetzt zumindest die richtigen Fragen zu stellen, auch wenn wir die allermeisten Antworten noch nicht parat haben (können).

Je länger die nötigen Schließungen andauern, desto schärfer werden unweigerlich die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen darum werden, mit welchen Ressourcen die Kosten der Krise gestemmt werden sollen – und wer überhaupt wichtig genug ist, gerettet zu werden. Die Kommunen, die die Träger vieler Kultureinrichtungen sind, werden wegen wegbrechender Gewerbesteuererinnahmen in nächster Zeit ganz erheblich zu kämpfen haben. Die Länder können die finanziellen Belastungen dieser Krise mit ihren Haushalten nicht allein stemmen. Spezifische, auf den Kulturbereich zugeschnittene Unterstützung durch den Bund ist hier deshalb dringend erforderlich. Ob sie kommt, ist bislang offen.

Ich fürchte: Wenn es hart auf hart kommt, kann die Kultur, die in den Kommunen nicht zu den gesetzlichen Pflichtaufgaben gehört, nicht mit besonderer Rücksichtnahme rechnen. Eher besteht die Gefahr, dass hier (wo in guten Zeiten Aufwüchse meist zuletzt ankommen) als allererstes der Rotstift angesetzt wird. Eine sehr unschöne Meldung, die Bundeskanzlerin habe im CDU-Präsidium gewarnt, andere EU-Ländern wie Spanien und Italien könnte denken, dass Deutschland zu viel Geld zu verteilen hat, wenn man hierzulande sogar Künstler*innen retten wolle,¹ wurde inzwischen dementiert. Unabhängig davon, ob sie diese Worte tatsächlich gewählt hat, ist das praktische Agieren der Bundesregierung in puncto Corona-Hilfen für die Kultur ebenso wie in der Frage der Solidarität mit unseren europäischen Nachbarn: extrem zurückhaltend.

Die zur Eindämmung der Pandemie ergriffenen Maßnahmen mögen »alternativlos« sein; die Vorstellungen der Bundesregierung über das Begleichen der Rechnung für die Krise sind es nicht. Zwingen wir Hunderttausende Kulturschaffende und Kulturbetriebe in Deutschland in eine lebenslange Schuldenfalle oder in die Privatinsolvenz? Oder trauen wir uns, den wirklich Vermögenden (das Vermögen von Amazon-Chef Jeff Bezos soll seit Jahresbeginn

¹ <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/vor-eu-gipfel-merkel-lehnt-eurobonds-ab-16733345.html>

um 23,6 Milliarden Dollar *gestiegen* sein!² einen substanziellen Beitrag zur Überwindung der Krise abzuverlangen, Digitalkonzerne und Finanztransaktionen endlich sinnvoll zu besteuern? Von solchen offenen und bisweilen schmerzhaften Auseinandersetzungen um gesellschaftliche Hegemonie wird es abhängen, ob die öffentlichen Kassen – in den kommenden Monaten und auch in den nächsten Jahren noch – in der Lage sind, dem Kultursektor die notwendige Unterstützung zukommen zu lassen.

Ich ahne schon, dass manche*r Leser*in dieses Beitrags nun vor vermeintlich unfruchtbaren politischen Grundsatzdebatten warnen wird, aber ich fürchte: Mit kreativen Umschichtungen innerhalb der Kulturretats wird es diesmal bei Weitem nicht getan sein. Kulturpolitiker*innen, Künstler*innen und Kultureinrichtungen werden sich daher über das vertraute Terrain der Kulturpolitik hinauswagen und um den gesellschaftlichen Stellenwert der von dieser Krise überproportional hart getroffenen Kultur kämpfen müssen. Dass Kulturorte »Erfahrungsräume der Demokratie« sind, wie die Intendant*innen des Bühnens Vereins es neulich so richtig formulierten, müssen wir uns nicht innerhalb der Branche wechselseitig versichern, sondern denen erklären können, die ganz selbstverständlich Rettungspakete für Zahnärzt*innen und Sportartikelhersteller auflegen, aber Hilfen für die Kulturbranche – von der Kiezbibliothek bis zum Musiktheater – für ein unnötiges Luxusproblem halten.

Inmitten dieser Krise beabsichtigt die Bundesregierung, eine milliardenschwere Bestellung über 150 Kampfjets aufzugeben, 45 davon, um die »nukleare Teilhabe« der Bundesrepublik sicherstellen zu können. Nukleare Teilhabe oder kulturelle Teilhabe – was unserer Gesellschaft wirklich wichtig ist und was nicht, darüber sollten wir sehr offen und engagiert streiten. Es geht um die Verteilung des gesamtgesellschaftlich erwirtschafteten Reichtums, mithin also um eine Grundfrage der Politik. Dass sich eine progressive, »kulturfreundliche« Antwort auf diese Frage durchsetzt, ist alles andere als ausgemacht.

Ich selbst werde nicht müde, zu erklären: Auch wenn die Rettung des Kultursektors durch die Corona-Krise teuer wird, muss es uns diesen Kraftakt wert sein. Diese Rettung zu unterlassen, käme unsere Gesellschaft um ein Vielfaches teurer zu stehen. Die vergangenen Jahrzehnte haben bereits eindrücklich vorgeführt, welche Erfahrungen des Abgehängtseins und welche real verminderten Teilhabechancen die reihenweise Schließung von Bibliotheksstandorten, Theatern und anderen Kultureinrichtungen vor allem an den Stadträndern und in kleineren Kommunen bewirkt haben. Ich glaube: Eine weitere Welle des Kulturabbaus verkraftet die Demokratie in Deutschland nicht; zumindest nicht ohne ganz massive Kollateralschäden. Insofern ist Kultur tatsächlich »systemrelevant«. Die Frage ist, ob es uns im gesellschaftlichen Diskurs gelingt, praktische Konsequenzen aus dieser Einsicht durchzusetzen.

Dr. Klaus Lederer, Berlin

Bürgermeister und Senator für Kultur und Europa in Berlin

² <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/boerse/amazon-bezos-101.html>